

Rede des Landesvorsitzenden der FDP-NRW
Prof. Dr. Andreas Pinkwart
auf dem 61. ordentlichen Landesparteitag
am 19. April 2008 in Münster

- Es gilt das gesprochene Wort -

Freiheit ist unteilbar

Die aktuellen Schlagzeilen in den Medien zeigen es an: Die Welt steht vor enormen Veränderungen: Globalisierung in allen Bereichen, Klimawandel, Bevölkerungsexplosion und gleichzeitig immer knapper werdende Ressourcen.

Wer das in den Griff bekommen und friedlich zwischen Völkern, Religionen und ethnischen Gruppen lösen will, braucht nicht nur einen klaren Kopf. Notwendig sind unverrückbare Werte, die Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Freiheit und soziale Verantwortung in Wirtschaft und Gesellschaft.

Nur Staaten, in denen das zusammenkommt, können einen Beitrag zur Beantwortung der globalen Zukunftsfragen leisten. Manch einer glaubte ja fast schon, der chinesische Staatskapitalismus sei ein nachzuahmendes Modell für all jene Länder, die nach wirtschaftlichem Erfolg und mehr Wohlstand streben. Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate offenbaren ein anderes Gesicht.

Wer bei olympischen Spielen, die den Geist des Friedens und der Freundschaft in sich tragen, ein guter Gastgeber sein will, der darf nicht Minderheiten unterdrücken und Menschenrechte missachten.

Für Liberale ist jedenfalls klar: Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung mit sozialer Verantwortung und die Achtung der persönlichen Freiheitsrechte jedes Einzelnen gehören für uns zusammen: Freiheit ist nicht teilbar.

Und auch in einem so freiheitlichen Land wie Deutschland gilt es immer wieder die persönlichen Freiheitsrechte gegenüber unverhältnismäßigen Eingriffen des Staates zu verteidigen. Schauen wir doch nur, was der Bundesinnenminister erst gestern wieder mit seinem Entwurf für ein neues BKA-Gesetz vorgeschlagen hat:

Jetzt will er auch noch Privatwohnungen durch das BKA per Video überwachen. Ganz so als hätte es die klaren und unmissverständlichen Urteile aus Karlsruhe nicht gegeben. Für uns Liberale gilt der Satz von Benjamin Franklin: Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.

Wirtschaftliche Freiheit und eine demokratische Kultur sind auch die Voraussetzungen für Kreativität, das Hervorbringen und den verantwortungsvollen Umgang mit neuem Wissen, um die globalen Herausforderungen zu meistern. Dazu leistet das mit Abstand größte Bundesland Nordrhein-Westfalen endlich wieder einen starken Beitrag.

Nordrhein-Westfalen wird Innovationsland Nummer 1

Das Erneuerungsprogramm, mit unserem klaren Bekenntnis für Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat und Erwirtschaften vor Verteilen entfaltet Wirkung: Höheres Wachstum, mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze und neue Prioritäten für Vorschule, Schule, Wissenschaft und Forschung. Nordrhein-Westfalen ist nicht mehr Bremsklotz, sondern endlich wieder Wachstumsmotor in Deutschland.

Wichtige Etappenziele haben wir erreicht. Aber die Aufholjagd geht weiter. Pause machen geht nicht, denn wir haben ein klares Ziel vor Augen: Wir wollen Nordrhein-Westfalen bis 2015 zum Innovationsland Nummer 1 in Deutschland machen.

Das ist für uns kein Selbstzweck, denn die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir Liberale aus einem sehr guten Grund: Mit mehr Freiheit, wirtschaftlicher Vernunft und starken Innovationen schaffen wir bessere soziale Ergebnisse und mehr Wohlstand für alle Menschen in unserem Land.

Ohne die FDP verliert die Mitte

Dazu gehört auch, dass die Menschen, die den wirtschaftlichen Aufschwung erst möglich gemacht haben, endlich auch persönlich davon profitieren. In Deutschland spürt gerade die gesellschaftliche Mittelschicht jeden Tag, dass sich Leistungsbereitschaft, Mut und unternehmerisches Risiko immer weniger lohnen.

Ich meine die Krankenschwester, den Polizeibeamten, den Handwerksmeister und die mittelständische Unternehmerin. Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat erst jüngst in einer Studie darauf aufmerksam gemacht: die Mittelschicht wird in Deutschland seit Jahren immer kleiner. Der Aufstieg von unten gelingt immer seltener.

Ich sehe hier jedenfalls auch einen klaren politischen Zusammenhang. Seit zehn Jahren ist die FDP nicht mehr Teil einer Bundesregierung: Und die Mittelschicht wird zeitgleich immer kleiner. Damit ist klar: Ohne FDP verliert die Mitte. Das muss sich ändern. Der Pfeil muss endlich wieder nach oben zeigen. Dafür braucht Deutschland eine starke FDP.

Die anderen können das nicht. Die SPD versucht den Linken zu begegnen, indem sie ihnen immer ähnlicher wird. Von wirtschaftlicher Vernunft keine Spur. Auf der Suche nach Wählern wird sie zu immer stärkeren Eingriffen in das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft getrieben. Sind wir mal ehrlich: Politisch lebt der SPD-Vorsitzende mittlerweile nur noch vom Mindestlohn.

Und auch die CDU-Vorsitzende interessiert sich kaum mehr für eine mutige Reformpolitik. Denken sie nur an die größte Steuererhöhung seit der Gründung unserer Republik, denken Sie an den Kassensozialismus mit Gesundheitsfonds oder aktuell an die Manipulation der Rentenformel. „Das Unionswahlprogramm 2005 liegt auf dem Müll“ – diese Worte stammen nicht von mir, sondern vom Bundesvorsitzenden der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung.

Mehr Netto für alle

Wie groß der Unmut in der Bevölkerung ist, zeigt eine Allensbach-Umfrage von dieser Woche. 78 Prozent aller Deutschen empfinden die zu hohe Steuer- und Abgabenlast in hohem Maße als ungerecht. Deshalb wollen wir mehr Netto für alle – und zwar schnell.

Ein erster Einstieg in eine mutige Steuerreform wäre die unverzügliche Senkung des Solidaritätszuschlages. Die FDP steht nach wie vor zu einem treffsicheren und engagierten Aufbau Ost. Nur wir sehen auch eines: Das Aufkommen aus der Sonderabgabe steigt in diesem Jahr abermals kräftig an.

Für den Aufbau Ost selbst werden jedoch nur noch 60 Prozent dieser Mittel benötigt. Dann gehört es doch zu einer ehrlichen und gerechten Steuerpolitik, dass die Sonderabgabe jetzt mindestens in dem Umfang zurückgenommen wird, indem sie für ihren eigentlichen Zweck nicht mehr gebraucht wird.

Es ist schon ein seltsames Verständnis von Solidarität, wenn in den letzten Tagen und Wochen die vielen Steuerverwendungsideen anderer Parteien in der Aussage des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt gipfeln, man müsse beim Solidaritätszuschlag für „die Bürger jetzt eine neue nachvollziehbare Bestimmung finden“, um die nicht mehr benötigten Einnahmen vor den Steuerzahlern zu schützen. Ich meine: Wir sollten die Bürger vor der Überbelastung durch solche Politiker schützen.

Das gleiche gilt für die kalte Steuerprogression. Der Bundeswirtschaftsminister hat es selbst vorgerechnet. Durch Lohnerhöhungen profitiert zunächst und vor allem erst einmal der Staat: Vier Prozent mehr Lohn bringt acht Prozent mehr steuerliche Belastung für jeden Einzelnen – das sind in den kommenden drei Jahren 63 Milliarden Euro Mehreinnahmen für den Staat.

Hinzu kommen mehr als ein Dutzend Steuer-Erhöhung-Gesetze der Großen Koalition. Diese erheblichen Mehrbelastungen sind im Übrigen ohne die Stimmen von Nordrhein-Westfalen im Bundesrat beschlossen worden. Es darf nicht sein, dass die Große Koalition den Menschen in Nordrhein-Westfalen das alles wieder wegnimmt, was sie sich hier hart erarbeitet haben.

Deutschland braucht dringend eine Steuerreform: Im Vordergrund steht für uns eine bessere Förderung von Familien mit Kindern. Wir wollen niedrigere Steuersätze, weniger Bürokratie und wir wollen, dass Kinder im Steuerrecht endlich die gleiche Entlastung erfahren, wie Erwachsene.

Leistungsgerechtes Bürgergeld

Ich danke Frank Schäffler und seiner Arbeitsgruppe für das uns heute als Leitantrag vorliegende Netto-Konzept. Darin enthalten sind auch mehr Anreize und mehr Gerechtigkeit für diejenigen, die auf Grund der Bedingungen am Arbeitsmarkt auf Transferzahlungen angewiesen sind.

Während die anderen Parteien noch über Korrekturen der Hartz-Gesetze streiten, sagen wir: Die Gesetze brauchen nicht nur einen anständigen Namen. Was Deutschland braucht ist ein überzeugendes Steuer- und Transfersystem aus einem Guss.

„Leistungsgerechtes Bürgergeld“ heißt: Kluge Freibeträge, starke Anreize, um Schritt für Schritt wieder in reguläre Beschäftigung zu gelangen. Was wir mit dem Bürgergeld vorschlagen ist ein Mindesteinkommen für jeden – auch für jene mit geringerer Leistungsfähigkeit. Gesichert bleibt dabei: Jeder, der arbeitet, muss Netto immer mehr haben, als derjenige, der sich vor zumutbarer Arbeit drückt. So erreichen wir neue Sprungkraft für die Tüchtigen und bessere Hilfen für die Schwachen - das wollen wir mit dem Bürgergeld erreichen.

Das Bürgergeld ist übrigens auch unsere liberale Antwort auf die wachsende Altersarmut. Mit Einführung der nachgelagerten Besteuerung sind ohnehin alle Rentner steuerpflichtig. Rentner mit höheren Einkünften zahlen Steuern, Rentner mit weniger Einkünften erhalten eine Steuergutschrift.

Das schafft ein flexibles System: Ein früherer oder späterer Renteneintritt ist möglich, und gleichfalls wird sich ein Hinzuverdienst neben dem Renteneinkommen immer lohnen.

Der Unterschied zu den Debatten über die Einführung von Mindestrenten ist bei uns: Wir wollen, dass sich Vorsorge fürs Alter auch immer auszahlt. Wer mehr vorsorgt, muss im Alter netto auch immer mehr haben als derjenige, der weniger oder nichts anspart. Auch deshalb setzen wir uns für ein höheres Schonvermögen bei der bereits angesparten Altersvorsorge ein.

Wir wollen so verhindern, dass gerade diejenigen bestraft werden, die mit großen Anstrengungen eine zusätzliche Altersvorsorge aufgebaut haben. Es darf nicht sein, dass diese Menschen bei einer unverschuldeten Notlage dann auch noch in die Altersarmut getrieben werden. Auch hier muss wieder mehr Leistungsgerechtigkeit zur Geltung kommen.

Mehr Freiheit für Forschung und Wissenschaft

Die Innovationsfähigkeit unseres Landes ist der entscheidende Faktor für zukunftssichere Arbeitsplätze und für Wohlstand. Im Wettbewerb um beste Köpfe brauchen unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sicherlich mehr Geld.

Wer die besten Forscher haben will, braucht dafür aber auch mehr Freiheit und mehr Wettbewerb. Es sind die Arbeitsbedingungen, die besser werden müssen. Denn trotz Forschungsfreiheit im Grundgesetz wimmelt es in der Realität nur so vor Reglementierungen, Beschränkungen und bürokratischen Hürden.

Mit unserem Hochschulfreiheitsgesetz haben wir in NRW mit dieser staatlichen Gängelung Schluss gemacht. Nun wollen wir es zum Modell für mehr Forschungsfreiheit in ganz Deutschland machen. Hierzu gehört auch mehr Freiheit bei der Stammzellforschung, der Biotechnologie und der Kernenergieforschung – in allen drei Bereichen schränkt der Staat Forschung in unangemessener Weise ein.

Bei der Stammzellforschung ist mit der Verschiebung des Stichtags jetzt ein Schritt in die von uns lange geforderte richtige Richtung unternommen worden.

Allerdings möchte ich aus meiner Sicht doch noch einmal auf die seltsame Doppelmoral in dieser Frage hinweisen: Deutsche Forscher dürfen sich zukünftig straffrei an Forschungsprogrammen im Ausland beteiligen, die mit jüngeren Stammzelllinien arbeiten. Bei uns im Inland würden sie sich damit aber nach wie vor strafbar machen – und das, obwohl wir die Forschung im europäischen Ausland auch noch mit deutschen Steuergeldern mitfinanzieren.

Ich bin mir sicher: Wenn sich weitere, bahnbrechende Therapieerfolge einstellen, werden auch diejenigen die Ergebnisse dieser Forschung für sich und ihre Angehörigen nutzen wollen, die sie heute noch hartnäckig blockieren.

Deshalb halte ich die Aufhebung des Stichtags auch in seiner ethischen Begründung für den besten Weg und empfehle uns, daran festzuhalten. Ich danke an dieser Stelle Ulrike Flach, die sich mit ihrem profilierten Gruppenantrag um die Forschungsfreiheit in Deutschland verdient gemacht hat.

Beste Bildung für alle

Fundament für all das, was wir erreichen wollen, ist beste Bildung für alle. Bildung ist für uns nicht nur Vermittlung von Wissen, sondern ebenso Wertevermittlung und gute Erziehung. Ohne eine Mindestausstattung an humanistischer Bildung führt kein Weg zu einer weltoffenen und toleranten Gesellschaft. Und auch das ist zentral für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Bei Regierungsübernahme war Nordrhein-Westfalen mit Abstand Schlusslichtland bei der U-3-Betreuung in Deutschland. Bis heute haben wir die Betreuungsplätze bereits verdreifachen können. Bis 2010 werden wir erreichen, dass sieben Mal mehr Kinder einen Krippenplatz erhalten, als unter der vermeintlich so sozialen Vorgängerregierung von SPD und Grünen.

Kibiz ist Dank auch des großartigen Engagements unseres Generalsekretärs Christian Lindner zu einem echten Renner geworden. Jedem Kind beste Startbedingungen zu geben, ist die sozialste Politik, die man machen kann.

Und an den Schulen haben wir mit einer enormen Kraftanstrengung das möglich gemacht, worauf Schüler, Lehrer und Eltern seit Jahren gewartet haben: In zwei Jahren haben wir die Anzahl der Ganztagsgrundschulen mehr als verdoppelt. Die Anzahl der Haupt- und Förderschulen hat sich bereits vervierfacht.

Es war die FDP, die frühzeitig auch einen Ausbau für die anderen weiterführenden Schulen eingefordert hat. Für uns ist es wichtig, dass die Schüler schneller als bisher zum Abitur kommen. Aber für uns ist ebenso wichtig: Dafür brauchen wir eine bessere personelle und bauliche Ausstattung - mit einer qualitätvollen Übermittagsbetreuung und einer schülergerechten Unterrichtsgestaltung.

Mit der in dieser Woche von der Koalition beschlossenen Bildungsoffensive kommen wir den Zielen der FDP einen großen Schritt näher:

- Wir verfünffachen die Anzahl der Ganztagsrealschulen und –gymnasien.
- Wir schaffen eine qualitätsvolle Übermittagsbetreuung für alle Schüler mit Nachmittagunterricht.
- Wir geben den Kommunen mit einem 100-Millionen-Programm die Möglichkeit ihre Gymnasien mit Mensen und Aufenthaltsräumen so ausstatten können, dass die Schüler auch am Nachmittag dem Unterricht konzentriert folgen können.

Wir versprechen das nicht nur, wir halten das auch. Gute Bildung braucht starke Schulen.

Schule ist zu aller erst eine Veranstaltung für die Schüler und nicht für Lehrerverbände, Gewerkschaften und Politiker. Im Mittelpunkt steht für uns der einzelne Schüler mit seinen Fähigkeiten und Begabungen.

Die Kinder müssen pädagogisch sinnvoll, so individuell und differenziert wie möglich gefordert und gefördert werden. Dafür brauchen wir motivierte Schüler und Lehrer, beste Lehreraus- und Weiterbildung und engagierte Eltern.

Und wir brauchen Schulen, die mit ihrer Ausstattung – gerade auch was Naturwissenschaft und Technik betrifft – auf dem neuesten Stand sind.

Die Schulform ist für Liberale kein Selbstzweck, sondern eine aus dieser Zielsetzung abgeleitete Größe. Angesichts der demographischen Entwicklung und den steigenden Qualitätsanforderungen am Arbeitsmarkt, sind wir offen für Weiterentwicklungen unseres mehrgliedrigen Schulsystems.

Wir nehmen uns daher die Freiheit, über neue Formen der Zusammenarbeit von Haupt-, Real- und Gesamtschulen bis hin zu einer differenzierten Regionalschule zu diskutieren, wie ich es mit meinem Vorschlag für eine „regionale Mittelschule“ als Säule neben dem Gymnasium angeregt habe.

Und wir nehmen uns ebenso die Freiheit, der von SPD und Grünen aus rein ideologischen Gründen propagierten Einheitsschule eine klare Absage zu erteilen. Und diese Freiheit lassen wir uns auch von keinem nehmen.

Starke Wirtschaft und solider Haushalt

Neue Prioritäten für Bildung und Innovation – das alles muss auch bezahlbar bleiben. Die enormen Aufgaben, die wir hier zu bewältigen haben, können wir nur schultern mit einer starken Wirtschaft und einem soliden Landeshaushalt.

Überall da, wo unnötige Bürokratie dem Mittelstand Fesseln anlegt, arbeiten wir daran, ihn davon zu befreien: Arbeit hat Vorfahrt. In großem Tempo bringen wir die Entbürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung wirksam und konsequent voran. Bereits bis heute haben wir 124 Behörden zusammengelegt, kommunalisiert oder ganz aufgelöst.

Das spart Personalkosten in Millionenhöhe, die wir an anderen Stellen, sowie zur Haushaltskonsolidierung dringend benötigen. Das wir hier so schnell so weit gekommen sind, ist ein Verdienst unseres Innenministers Ingo Wolf, dem ich dafür herzlich danke.

Nach sieben Jahren verfassungswidriger Haushalte haben wir die Landeskasse wieder auf eine ordentliche Grundlage gestellt – diesen Weg werden wir fortsetzen. Aber Voraussetzung dafür ist eine verlässliche Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Dass die Koalition hier Kurs und Tempo hält, verdanken wir besonders unserem Fraktionsvorsitzenden Gerhard Papke, der sich für uns stets mit klaren ordnungspolitischen Botschaften zu Wort meldet. Das gilt vor allem für den sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau – einer der größten Erfolge der nordrhein-westfälischen FDP.

FDP – die eigenständige Gestaltungspartei

Für die Freie Demokratische Partei, und das gilt erst recht für unseren Landesverband, stand und steht an erster Stelle ihre Eigenständigkeit. Wir sind Programm- und Gestaltungspartei - und Motor der Erneuerung. Wir erschöpfen uns nicht im Regieren, sondern arbeiten auch hart an der programmatischen Zukunftsgestaltung unseres Landes. Nur so bleiben wir spannend, nur so werden wir weiter wachsen.

Die Kommunal- und Europawahl haben wir fest im Blick. Bereits beim letzten Mal hatte die FDP bei beiden Wahlen historisch gute Wahlergebnisse. Wir sind stolz auf die Arbeit unserer 1.200 Mandatsträger und mehreren Tausend sachkundigen Bürgerinnen und Bürger, wie auf unsere beiden NRW-Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Mit ihnen gemeinsam und vielen neuen Kandidatinnen und Kandidaten arbeiten wir in den nächsten Monaten mit ganzer Kraft daran, unseren Erfolg weiter auszubauen. Und ich bin mir sicher, dass wir hier noch zulegen können.

Unsere Kraft schöpfen wir aus dem liberalen Programm - und der Entschlossenheit, es auch umzusetzen. Ich danke allen Mitstreitern in den Orts-, den Kreis- und Bezirksverbänden, unseren Mandatsträgern im Landes- und Bundestag, sowie im Europaparlament – und ganz besonders den Mitgliedern des Landesvorstandes für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Unser Modell in Düsseldorf ist die Blaupause für den Politikwechsel in Berlin. Die deutsche Politik braucht endlich wieder eine klare liberale Handschrift. Hierfür wollen wir mit Guido Westerwelle an der Spitze kämpfen.

Für den Wahlmarathon der nächsten zwei Jahre ist der Landesverband gut gerüstet:

- Die Liberalen sind in NRW mit Abstand dritte politische Kraft.
- Für das, was wir in der Regierung leisten, finden wir in allen Umfragen eine klare Bestätigung beim Wähler.
- FDP und CDU arbeiten fair und erfolgreich zusammen.

So können wir die Erneuerungspolitik für Nordrhein-Westfalen auch über 2010 fortsetzen. Lassen Sie uns für diese Ziele gemeinsam kämpfen.

Freie Demokratische Partei
Landesverband NRW

Marco Mendorf
Pressesprecher

Wolfgang-Döring-Haus
Sternstraße 44
40479 Düsseldorf

Fon 0211. 49 70 9-0
Fax 0211. 49 70 9-50

mendorf@fdp.de
www.fdp-lv-nrw.de
www.das-neue-nrw.de